



Lieder der Hoffnung

- **Musik als Todesverweigerung**
- Im Blick: Kirche gegen Rechts
- Im Blick: Demokratiepreis 2011
- Im Blick: Situation in Tschechien
- Ankündigung: Solikonzert in Dresden

AG Asylsuchende erhält Anerkennungspreis

Am 9. November 2011, wurde im Deutschen Hygiene Museum in Dresden der 5. Sächsische Förderpreis für Demokratie verliehen. Die AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge konnte sich über einen Anerkennungspreis freuen, welcher mit 1000 Euro dotiert ist. Wir gratulieren der AG und wünschen ihr weiterhin viel Erfolg! Gerade im Zuge der aktuellen Debatte um die Unterbringung der Asylsuchenden und Deduldeten sowie bei der Auseinandersetzung mit dem alltäglichen und institutionellem Rassismus in Pirna und im Landkreis schafft der Anerkennungspreis neue Motivation und Möglichkeiten.

Nominiert waren zehn Initiativen aus Sachsen, die aus 67 Bewerbungen von der Jury ausgewählt wurden. Die beiden Hauptpreisträger sind „Augen auf e.V.“ und das „Bunte Bürgerforum für Demokratie Limbach-Oberfrohna“. Sie erhalten für ihre weiteres Engagement jeweils 5000 Euro. Mit dem Bunten Bürgerforum wurde ein Verein ausgewählt, der es in den letzten Jahren mehr als schwer hatte. Sie zeigten besonders deutlich, was es bedeutet, wenn Verwaltung und politische Verantwortliche rechte Gewalt nicht sehen wollen. Auch deshalb erhielten sie einen überwältigenden Beifall.

Mit den weiteren Anerkennungspreise wurden gewürdigt:

- AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Pirna
 - AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus, Dresden
 - Bündnis für Demokratie und Toleranz der Zwickauer Region
 - chronik.LE, Leipzig
 - Firma Klausels, Löbau
 - „Bunter Schall als Widerhall“, Vierkirchen
 - RAA Hoyerswerda/Ostsachsen e.V.
 - InitiatorInnenkreis des Riesaer Appells
- Jury des Sächsischen Förderpreises für Demokratie: Dr. Dorothee Freudenberg, Anetta Kahane, Sebastian Krumbiegel, Rupert von Plottnitz, Wolfgang Tiefensee, Bastian Wierziach und Prof. Dr. Andreas Zick.

Vor der Preisverleihung fand eine Podiumsdiskussion zum Thema „Der Staat und die Zivilgesellschaft“ statt. Auf dem Podium saßen u.a. Steffen Richter vom AKuBiZ e.V. und Lothar König aus Jena. Coloradio bietet dazu einen Mitschnitt auf seiner Homepage an. In seiner Abschlusserklärung sagte Rupert von Plottnitz (Sebastian-Cobler-Stiftung): „Die Sache der Demokratie ist bei allen Initiativen viel besser aufgehoben, als bei irgendwelchen Regierungen“. Das finden wir auch und freuen uns auf die Preisverleihung im nächsten Jahr.



Vor 20 Jahren wüteten rassistische Ausschreitungen unter dem Beifall von Anwohner_innen in Hoyerswerda. Neonazis und andere Bürger_innen attackierten tagelang so genannte Vertragsarbeiter_innen und Asylsuchende. Diese schrecklichen Ereignisse erschütterten und alarmierten Menschen in der gesamten Bundesrepublik und über ihre Grenzen hinaus, Hoyerswerda ist bis heute ein Synonym für rassistische Ausschreitungen.

Wir als Opferberatung haben uns in den letzten Wochen intensiv mit dem Umgang der damaligen Angriffe beschäftigt.

Am 10. Sept. 2011 hatten wir die Gelegenheit, mit Emmanuel Adu Agyeman, Emmanuel Gärtner und Manuel Nhacutou (ehemalige Vertragsarbeiter und Asylsuchende, die vor 20 Jahren in Hoyerswerda angegriffen und vertrieben wurden) im Rahmen ihres Besuches in Hoyerswerda zu sprechen. Wir haben die jungen engagierten Menschen der Initiative „Pogrom91“ kennen gelernt. Die Initiative besteht zu einem großen Teil aus einem Bündnis verschiedener Hoyerswerdaer_innen, die sich gegen rechts engagieren, von denen die meisten die Stadt allerdings inzwischen verlassen haben.

Wir haben die Demonstration vom 17. Sept. 2011 unterstützt und daran teilgenommen. Wir haben die gesamte mediale Berichterstattung der letzten Wochen intensiv verfolgt. Daraus hat sich für uns eine Vielzahl von Fragen ergeben, hier nur einige:

Warum können Emmanuel Adu Agyeman, Emmanuel Gärtner und Manuel Nhacutou auch 20 Jahre nach ihrer Vertreibung nicht durch Hoyerswerda laufen, ohne rassistisch beleidigt zu werden und ohne um ihre Sicherheit fürchten zu müssen?

Wird der von Emmanuel Adu Agyeman, Emmanuel Gärtner und Manuen Nhacutou gegen-

über Oberbürgermeister Skora ausgesprochene Wunsch nach einem Gedenkstein an dem Ort, an dem die Angriffe stattfanden, von der Stadt Hoyerswerda erfüllt?

Warum ist die Perspektive der Betroffenen in der Ausstellung zu 1991 in der „Orange Box“ nicht vertreten?

Wie kann es angehen, dass von Seiten des Oberbürgermeisters die Verantwortung und Schuld für die rassistischen Vorkommnisse im Zuge der Gedenkfeierlichkeiten bei den Betroffenen verortet werden?

Warum passiert es in Sachsen immer wieder, dass gegen rechts engagierte Menschen als „Nestbeschmutzer“ gelten (siehe auch Mügeln, Mittweida ...)?

Warum kann die Polizei von einem störungsfreien Verlauf der Demonstration in Hoyerswerda sprechen, obwohl Neonazis eine Gedenkminute für die Opfer der Ausschreitungen und die Todesopfer rechter Gewalt Waltraud Scheffler und Mike Zerna mit „Hitlergrüßen“ und Parolen störten?

Wir hoffen, dass diese Fragestellungen die Leserinnen und Lesern zu konstruktiven Diskussionen anregen und sie nicht nachlassen, sich weiterhin gegen rechte Gewalt und menschenverachtende Ideologien zu engagieren.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den Teilnehmer_innen der Initiative „Pogrom91“ für ihr Engagement und die gute Vorbereitung der gelungenen Demonstration und natürlich bei allen, die den Mut hatten, an der Demonstration vom 17. September 2011 teilzunehmen. Für alle, die nicht dabei sein konnten, wiederholen wir an dieser Stelle unseren Redebeitrag vom 17. September 2011 in Hoyerswerda:

Die tagelangen Angriffe auf das Wohnheim und die Unterkunft der Asylsuchenden im September 1991 in Hoyerswerda geschahen nicht aus heiterem Himmel, sie bildeten den Höhepunkt einer stetig anwachsenden, rassistisch aufgeladenen Stimmung gegen Migrantinnen in großen Teilen der örtlichen Bevölkerung, einem Ausbleiben angemessener Reaktionen von Seiten der Politik und einem hochgradigen Versagen zuständiger Ordnungsbehörden.

Die Eskalation der Gewalt gegen Vertragsarbeiter_innen und Asylsuchende in Hoyerswerda forderte nicht nur 32 Verletzte, sie bildete den Auftakt von feigen rechtsmotivierten Anschlägen in Deutschland, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen sind uns in schrecklicher Erinnerung.

Noch während am 19. September 1991 im Wohnheim in Hoyerswerda eine Scheibe nach der anderen eingeworfen wurde. Kam der 27jährige Samuel Yeboah bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Saarlouis im Saarland ums Leben. Was passierte in den darauf folgenden Jahren in Hoyerswerda?

Am 10. Oktober 1992 rotteten sich vor einer Disco in Geierswalde bei Hoyerswerda etwa 15 Neonazis zusammen. Nach anfänglichen rassistischen Parolen griffen Besucher_innen der Disco tätlich an, einer schlägt einen Auszubildenden mit einer Holzlatte nieder, die Kellnerin Waltraud Scheffler will den Angreifer beruhigen, dieser holt aus und trifft sie mit voller Wucht an der Schläfe, aus dem Koma erwacht sie nicht mehr, sie bezahlt ihre Zivilcourage mit dem Leben. Der Täter wird zu einer Jugendstrafe von 4 ½ Jahren verurteilt.

Am 19. Februar 1993 stürmen etwa 20 Neonazis aus Hoyerswerda und Umgebung die Disco „Nachtasyl“ in Hoyerswerda, dabei ru-

fen sie: „Schlag die Zecken tot!“ Mehrere Personen werden schwer verletzt. Mike Zerna, der Fahrer der aufgetretenen Musikband wird vor der Disco tätlich angegriffen, dann kippen die Angreifer einen Transporter auf den am Boden liegenden 22jährigen, Notarzt und Polizei treffen erst eine knappe Stunde später ein, Mike Zerna stirbt 6 Tage später im Krankenhaus.

Seit Juli 2001 gibt es in Sachsen Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt. Diese vergangenen 10 Jahre haben gezeigt, dass rechtsmotivierte und rassistische Angriffe kein Ende finden, auch nicht in Hoyerswerda. In einigen Fällen ist es purer Zufall, dass Menschen den Angriff überlebt haben. Ich erinnere mich zum Beispiel an einen Brandanschlag im Sommer 2008 auf ein Dönerrestaurant in Cossebaude bei Dresden. Über dem Restaurant in der ersten Etage wohnen die Eigentümerin des Hauses und die Familie, die das Restaurant betreibt. Nur zufällig wurde die alte Dame in der Nacht wach, weil sie zur Toilette musste. Unter ihr brannte das Restaurant bereits lichterloh, alle konnten sich aus dem Haus retten, Tatverdächtige wurden bisher nicht ermittelt.

Beitrag der Opferberatung Dresden



Foto: Nazis versuchen die Gedenkemonstration zu stören - www.addn.me

In unserer Arbeit stellen wir fest, dass es in Sachsen Regionen gibt, in denen sich alternative, nichtrechte Jugendliche daran gewöhnt haben, von Rechten gejagt, angegriffen und verletzt zu werden. Ich mutmaße einfach mal, dass es auch in Hoyerswerda und Umgebung nicht viel anders ist. Viele der gegen rechts engagierten jungen Leute ziehen einfach weg, sobald das möglich ist, viele von Euch können das sicher bestätigen.

Dass in der Bevölkerung nach wie vor rechtes und rassistisches Gedankengut eine große Rolle spielt, konnten wir letzten Samstag hier in Hoyerswerda live erleben, Wie ihr sicher wisst, besuchten drei ehemalige Bewohner der Heime nach 20 Jahren Hoyerswerda. Wir standen an der „Orange Box“, und Oberbürgermeister Skora wurde von einem Fernsehteam interviewt. Aus einiger Entfernung kamen aus einer Gruppe rassistische Parolen, die ich nicht wiederholen möchte. Es ist ein Unding, dass sich die Besucher auch 20 Jahre nach ihrer Vertreibung nicht selbstverständlich und gefahrlos in Hoyerswerda aufhalten können. Als wir den Oberbürgermeister auf die rassistischen Pöbeleien angesprochen haben, erklärte er lediglich, dass er nicht in alle Köpfe hineinschauen kann. Das war in diesem Fall auch gar nicht notwendig, weil diejenigen aus ihrer menschenverachtenden Ideologie keinen Hehl machten und diese nach außen deutlich kommunizierten. Aber damit nicht genug am letzten Samstag: bei Dreharbeiten in der Schweitzer Straße wurden sie erneut Opfer rassistischer Pöbeleien und Beleidigungen.

Die drei Betroffenen hatten am letzten Samstag gegenüber dem Oberbürgermeister ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, in Hoyerswerda in Form eines Gedenksteins an die Angriffe zu 1991 zu erinnern.

Wir hoffen sehr, dass ihnen dieser Wunsch

nicht abgeschlagen wird. Es wäre ein positives Zeichen, eine Geste, die die Stadt den Betroffenen schuldig ist!



10 Jahre Neue Synagoge in Dresden

Am 9. November 2001 kehrte die Jüdische Gemeinde Dresden an den alten Platz zurück. Dort - Am Hasenberg - wurde 1938 die Alte Synagoge in Brand gesteckt und damit zerstört. Nun ist jüdisches Leben wieder sichtbar geworden.

„Den Architekten des Büros Wandel Hofer Lorch+Hirsch ist es eindrucksvoll gelungen, historische und aktuelle Phänomene jüdischer Vergangenheit, Identität und Migration in Architektur zu fassen,“ erklärt Dr. Nora Goldenbogen, die Vorsitzende der Gemeinde in Dresden. Die Synagoge erhielt die Auszeichnung „Beste Europäische Architektur 2002“.

Der beeindruckende Bau ist ein Sakralbau mit in sich nach Osten gedrehten Kubus - die Gebetsrichtung nach Jerusalem. Die gewählte Würfelform orientiert sich an den ersten Tempeln der Israeliten, knüpft so an ursprüngliche Rituale und traditionelle Symbole an.

Die Synagoge ist ein Ort der Andacht und des Gebets. Auf Fenster wurde verzichtet, da sie die monumentale Wirkung der Wandflächen zerstören würden, vielleicht auch um nicht ein zweites Mal Glasscheiben klirren zu hören.

Wir gratulieren der Jüdischen Gemeinde Dresden zu ihrem Jubiläum und wünschen weitere erfolgreiche Jahre.

„Ein Gebet kann nicht das Wasser zum trockenen Feld bringen, nicht eine zerbrochene Brücke instand setzen, noch eine zerstörte Stadt wieder aufbauen; aber ein Gebet kann trockene Erde tränken, ein gebrochenes Herz heilen und einen geschwächten Willen wieder stärken“



Berichteten wir in den letzten Ausgaben der attenzione über einen antisemitischen Komponisten, möchten wir nun Menschen vorstellen, die dem antisemitischen Wahn des Nationalsozialismus zum Opfer fielen. Ein noch relativ unerforschtes Kapitel nehmen dabei verfolgte Musiker_innen ein. Seit Jahren widmet die Musikwissenschaftlerin Dr. Agata Schindler ihren Blick auf die Kunstszene im Konzentrationslager Theresienstadt. Dort wurden von 1940 bis 1945 über 140.000 Häftlinge interniert. Die meisten kamen aus der damaligen Tschechoslowakei und aus dem Deutschen Reich. Die Liste der Inhaftierten umfasst eine Reihe bedeutender Namen dieser Zeit. So zum Beispiel Adolfine Freud (die Schwester von Sigmund Freud), Trude Herzl (die Tochter von Theodor Herzl), Doris Tucholsky (die Mutter von Kurt Tucholsky) oder die Pädagogin Marie Bloch. Sie alle wurden in Theresienstadt ermordet. Warum?

Eine zentrale Frage, die sich Frau Dr. Schindler immer wieder stellte. Eine Frage, die wohl nie beantwortet werden kann. Doch viel wichtiger als die Beantwortung der Frage erscheint die Erinnerung an die Verbrechen und das Gedenken an die Opfer. Einen wichtigen Schritt unternahm sie, als sie die „Dresdner Liste“ veröffentlichte. Dabei wird die Musikstadt Dresden und nationalsozialistische Judenverfolgung auf 120 Seiten dokumentiert. Eine noch viel beeindruckendere Erinnerung schafft aber der „Theresienstädter Konzertabend“, der am 30. Oktober 2011 zum 10. Mal aufgeführt wurde. Die doppelte Premiere fand in der Heilpädagogischen Einrichtung in Bonnewitz bei Pirna statt. Premiere, weil sowohl der Konzertabend zum ersten Mal im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge vorgetragen wurde, als auch der neue Saal des Hauses zum ersten Mal genutzt werden konnte.

Die Einrichtung in Bonnewitz schaut auf eine Geschichte zurück, in der die Verbrechen der

Nazis eine wichtige Rolle spielt - aber in der es auch Hoffnung gab. Im Juli 1941 durchsuchte die Gestapo das Haus in Bonnewitz, in dem schon damals Menschen mit geistigen Behinderungen lebten. Der damalige Leiter Martin Kretschmer wurde verhaftet und starb im März 1942 im KZ Sachsenhausen. Die verbliebenen Kinder und Jugendliche konnten in Sicherheit gebracht werden - soweit bekannt überlebten alle den Nationalsozialismus. Nun öffnet das vierte Haus, ein Therapiegebäude für die Schüler_innen. Eine würdige Einweihung des neuen Saales war die Eröffnung mit dem „Theresienstädter Konzertabend“.

Steffen Richter eröffnete den Abend und bedankte sich bei der ideellen Unterstützung der Stadt Pirna und der finanziellen Unterstützung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er sprach auch über lokale Geschichte und die Verantwortung, die in der Aufarbeitung der Verbrechen besteht. Seit 8 Jahren organisiert AKuBiZ eine Gedenkveranstaltung um den 09. November - dem Gedenktag an die Reichspogromnacht von 1938. Unter der musikalischen Leitung von Johannes Wulff-Wosten traten an diesem Abend Romy Petrick, Sopran - Dorothea Winkel, Sopran - Heike Liebmann, Mezzosopran - Fumiko Hatayama, Alt - Tobias Schrader, Tenor und Friedrich Darge, Bass auf. Die Moderation übernahm Dr. Agata Schindler. Die zentrale Frage blieb. Warum?



Und so startete auch der Abend, mit einem Stück von Johannes Wulff-Woesten. Von Beginn an zeigte das Konzept seine Wirkung auf die rund 100 Gäste.

Interpretiert wurden verschiedene Stücke wichtiger Komponist_innen. Darunter die von den Nazis ermordeten Gideon Klein (1919-1945), Viktor Uhlmann (1898-1944), Ilse Weber (1903-1944), Hans Krasa (1899-1944) und Pavel Haas (1899-1944).

Pavel Haas war bereits lange vor seiner Internierung ein bekannter Komponist. Seine künstlerischen Fähigkeiten kamen im KZ Theresienstadt fast vollständig zum Erliegen. Erst nachdem er Gideon Klein kennen lernte, wurde er erneut angeregt. Nach seiner Ermordung gerieten seine Werke in Vergessenheit, erst Mitte der 90er Jahre wurden sie wiederentdeckt. Sein Freund Gideon Klein kam kurz vor der Befreiung unter ungeklärten Umständen ums Leben. In Theresienstadt komponierte er und hielt Vorträge. Seine Musik war geprägt durch den Erfinder der Zwölftontechnik Arnold Schönberg. Kleins Schwester Eliska war einige Zeit mit Hans Krasa verheiratet. Er schrieb die Kinderoper *Brundibár*, die mindestens 55-mal in Theresienstadt aufgeführt wurde. Fast alle, die in der Oper mitwirkten, wurden - einschließlich Hans Krasa - in Auschwitz ermordet. Ebenso Viktor Ullmann. Die Liste der Werke des großen Komponisten ist lang. Von 1919 bis 1944 schuf er über 70 Werke, die zum großen Teil in Prag uraufgeführt wurden. Außergewöhnlich war auch Ilse Weber. Bereits mit 14 Jahren schrieb sie die ersten Gedichte und Lieder. Für ihren Sohn Hanus schrieb sie das Lied „Wiegala“ - welches den Abschluss des Konzertabendes darstellte. Sie sah ihn nicht wieder, Hanus überlebte die Vernichtung in England.

Wiegala, wiegala, wille,
wie ist die Welt so stille!
Es stört kein Laut die süße Ruh,



schlaf, mein Kindchen, schlaf auch du.
Wiegala, wiegala, wille,
wie ist die Welt so stille!

Und dann Stille. Das Licht war gelöscht, nur noch Kerzen brannten. Beifall für die Künstler_innen des Abends. Und dennoch blieb der Beigeschmack der Biografien beim Publikum. Dies gehört sicher auch zum Konzept des Abends, denn es steht die Frage: Warum? Eine Aufarbeitung der besonderen Art. Wertschätzend, mitfühlend, ergreifend. Eine Auseinandersetzung, deren Art nicht einmalig bleiben sollte.



Weitere Informationen:

Agata Schindler: „Dresdner Liste“. Musikstadt Dresden und nationalsozialistische Judenverfolgung 1933-1945 in Wort und Bild.

120 S., 250 Bilddokumente, 15,- Euro plus Versandkosten. Zu beziehen bei Dr. Agata Schindler unter agata-achim@t-online.de



„Das Ganze verändern - nicht nur die Nische!“ Unter diesem Motto trafen sich am 11./12. November 2011 über 90 Vertreter_innen auf der Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus in der Lutherstadt Wittenberg.

„Wir brauchen jede Menge Arbeiterinnen und Arbeiter in den Weinbergen, um der Braunfäule Herr zu werden“, begann Christhard Wagner seine Eröffnungsrede. Er ist der Beauftragte der Evangelischen Kirche bei Landtag und Landesregierung in Thüringen. Er äußerte auch Verärgerung darüber, dass sich Christ_innen nicht vom allgemeinen Trend menschenverachtender Einstellungen unterscheiden. Dies sehe besonders schlimm in der Frage nach lebensunwertem Leben aus. Deshalb sei es auch eine Pflicht sich in den Gemeinden zu engagieren. Daran knüpfte Christian Staffe (Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.) an, als er erklärte: „Wir Christ_innen sind ein Teil des Problems und nur wenn wir das Verstehen, können wir Teil der Lösung sein.“

Nach der Begrüßung wurden wissenschaftliche Studien rechter Einstellungen vorgestellt. Es begann Johannes Kiess von der Universität Leipzig, als Mitautor des Buches „Die Mitte in der Krise!“. Er erklärte, dass menschenverachtende Einstellungen bei Christ_innen fast immer höher ausgeprägt sind, als bei Konfessionslosen. Näher ging darauf dann Prof. Dr. Beate Küpper (Hochschule Niederrhein) ein. Sie stellte eine besonders hohe Zustimmung für Homophobie und Sexismus fest. „Wundert uns das?“, fragte ein Tagungsgast. Prof. Dr. Küpper wies aber auch darauf hin, dass Feindseligkeiten gegenüber unterschiedlichen Gruppen (oder Menschen, die diesen zugeschrieben werden) zusammenhängen. Im Kern steckt die Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen. Hauptgast des Abend war dann der Vorsitzende der Evangelischen Kirchen in Deutschland - Dr. h.c. Nikolaus Schneider. „Nach 1945 bekamen wir die Demokratie geschenkt, sie wurde

nicht erkämpft, Viele wollten sie auch gar nicht haben“, begann er seine Rede. Er berichtete über bereits laufende Projekte kirchlicher Initiativen gegen Rechts. Eine klare Position über eigene Denkweisen zu haben, sei ein wichtiger Schritt. Er unterstütze auch zivilgesellschaftliche Vereine in ihrem Wirken. Dies machte auch die 4. Tagung der 11. Synode Evangelischer Kirchen in Deutschland in Magdeburg deutlich. In ihrem Beschluss vom 09.11.2011 heißt es: „Die Synode bittet den Rat der EKD, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das haupt- und ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz gegen Rechtsextremismus weiter nachhaltig und dauerhaft gefördert wird. Alles, was bürgerschaftliches Engagement behindert oder entmutigt, muss unterlassen werden.“ Und weiter: „Wir haben Verständnis für Menschen, die aus Gewissensgründen Neonazidemonstrationen gewaltfrei blockieren. Dies hat in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mehrfach zu positiven Veränderungen in Politik und Gesellschaft geführt.“

Am Abend kamen dann die Teilnehmenden in Gesprächen zueinander. Unter anderem auch am Informationsstand des AKuBiZ e.V.. Dort ging es vor allem um die Auswirkungen der „Extremismusklausel“ und Probleme bei der Unterstützung von Asylsuchenden vor Ort. Angesprochen wurden auch die unterschiedlichen Sichtweisen von Kirchgemeinden in Ost und West zu Kirchenasyl. Grundsätzlich rechtfertigten kirchliche Vertreter_innen ihr Handeln dabei vor allem mit Art. 4 GG.





Die ersten beiden Vorträge des nächsten Tages liefen unter der Überschrift „Umbau Ost?“ und „Im Westen was Neues?“ Sie sollten vor allem den Ost-West-Dialog anstoßen, den die Bundesarbeitsgemeinschaft auch auf dieser Tagung führen wollte. David Begrich (Miteinander e.V.) kritisierte, dass kirchliche Vertreter_innen oft von ihrer Kirche allein gelassen werden. Es fehle der Rückhalt: „Kirche muss Ort für Streit sein und Zuhören zu Fragen gelebter Demokratie.“ Pastor Klaus Burckhardt (Hannover) kritisierte, dass viele Dinge, die theologisch gesagt, nicht in die Praxis umgesetzt werden. Häufig hätten die wenigen Migrant_innen lediglich einen Exotenstatus. Die Auseinandersetzung mit menschenverachtender Ideologie müsste deshalb auch stärker in der Ausbildung von Multiplikator_innen eine Rolle spielen. Diese Diskussionen wären in die Gesellschaft aber auch in die Kirche zu tragen. In einer Wortmeldung wurde auch ein klare Stellung gegen staatlichen Rassismus gefordert.

In sechs Arbeitsgruppen konnte die Teilnehmenden dann spezielle Facetten der Tagung diskutieren. Dabei ging es um die Fragen „Alltagsrassismus und Einwanderungsgesellschaft“, „Wie bunt ist christliche Verbandsarbeit?“ oder „Reaktionen auf extrem rechte Aktivitäten im Gemeinwesen“. Ein anderer Workshop beschäftigte sich mit europäischen Perspektiven in der Auseinandersetzung mit Antiziganismus. Ein besonderer Blick lag dabei auf der Tschechischen Republik. Torsten Moritz (Executive Secretary for EU Policy and Projects) berichtete über aktuelle Ergebnisse. So sind in Tschechien erst seit 2004 Zwangssterilisationen an Sinti und Roma verboten. Auch sei die durchschnittliche Lebenserwartung 10 Jahre geringer, als bei anderen Gruppen. Das läge auch an dem ständigen Druck, der sich psychisch und finanziell zeige - im übrigen nicht nur in Osteuropa.

Dort seien aber die vielen Übergriffe ein ent-

scheidendes Problem. „Es ist ein gezieltes Vorgehen, das auf Mord abzielt.“

Mikulás Vymetal ist Jugendpfarrer der Kirche der Böhmisches Brüder in Prag. Er erklärte auch geschichtliche Zusammenhänge und wies darauf hin, dass die meisten Sinti und Roma nach dem 2. Weltkrieg aus der Slowakei in Nordböhmen angesiedelt wurden. Bis heute gibt es ein Geschäft mit der Armut der Zugewanderten. Sie sind häufig finanziell schlechter gestellt und müssen als Sündenbock für persönliche Unzufriedenheit herhalten. Dabei übernehmen bürgerliche Parteien die antiziganistischen Parolen der faschistischen Gruppen. Dies bestätigte auch Zdenek Eisner von der Apostolischen Kirche aus Varnsdorf. Er berichtete von positiven und negativen Seiten. So wurde durch die pogromartigen Zustände in Tschechien kirchliches Engagement verstärkt. Auf der anderen Seite seien Menschen, die sich bisher als Teil der Gesellschaft fühlten, gezwungen wurden sich eine neue Identität zu suchen. Er selbst gehöre dazu.

Aus den Diskussionen in den Arbeitsgruppen ergaben sich Forderungen, die in einer Abschlusserklärung zusammengefasst wurden. Diese Erklärung wurde dann am Ende der Fachtagung verabschiedet. Damit geht von der Bundesarbeitsgemeinschaft ein wichtiges Signal in kirchliche Kreise aus. Viele Teilnehmende möchten damit ihren Vertreter_innen Mut machen, wenn es nötig ist, auch Stellung gegen politisch Verantwortliche zu beziehen. In der Erklärung wendet sich die Bundesarbeitsgemeinschaft unter anderem gegen die Verfolgung von Antifaschist_innen, die „Extremismusklausel“ und fordert ein Bleiberecht für „geduldete“ Roma.

Quellen:

Beschluss der Synode: http://www.weihnachts-abc.de/synode2011/beschluesse/beschluss_engagement_gegen_rechtsextremismus.html
Erklärung der BAGKR: www.bagkr.de

Schlechte Neuigkeiten

Wie die Sächsische Zeitung mitteilte, legt Ralf Wätzig sein Amt als Vorsitzender des Jugendring Sächsische Schweiz-Osterzgebirge nieder. Damit möchte er die Kritik an den Zuständen in der freien Jugendhilfe des Landkreises untermauern. Diese seien nicht mehr tragbar. Die Jugendhilfe sei gefangen in einem Netz aus Bürokratie und Geldkürzungen, so Wätzig. Seit seiner Gründung war Ralf Wätzig im Jugendring engagiert, sein Weggang ist sicher ein richtiger Schritt, schwächt aber wohl auch die Interessenvertretung der Kinder- und Jugendhilfe. Erhalten bleibt er dieser Aufgabe aber als Kreisrat der SPD zum Beispiel im Jugendhilfeausschuss.

Neuigkeiten aus Tschechien

Immer weniger Menschen haben in den letzten Wochen an den Anti-Roma-Protesten teilgenommen. Zur letzten Kundgebung kamen 30 Rechte, die dann auch das Ende der Demonstrationsreihe bekannt gaben. Es ist zu hoffen, dass sich damit die Situation wirklich entspannt. Die Proteste haben aber weiterhin ihre Auswirkungen. Pressemeldungen zu Folge soll auch eine Initiative zur Gründung einer Roma-Partei entstanden sein. Diese habe aber landesweit kaum Chancen auf Erfolg, denn selbst wenn alle Roma diese bei einer

Wahl ankreuzen würden, kämen sie nicht über die 5-Prozent-Hürde. Für seine intensiven Bemühungen um die Verbesserung der Lage tschechischer Roma, wurde vor wenigen Tagen der Pirnaer SPD-Mann Klaus Fiedler geehrt. Er erhielt am 01. November einen Ehrenpreis für deutsch-tschechische Verständigung. Die Verleihung fand in Usti nad Labem statt. Wir gratulieren Klaus Fiedler im Namen des AKuBiZ.

AG Asylsuchende erhält Anerkennungspreis

Gestern, am 9. November 2011, wurde im Deutschen Hygiene Museum in Dresden der 5. Sächsische Förderpreis für Demokratie verliehen. Die AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge konnte sich über einen Anerkennungspreis freuen, welcher mit 1000 Euro dotiert ist. Wir gratulieren der AG und wünschen ihr weiterhin viel Erfolg! Gerade im Zuge der aktuellen Debatte um die Unterbringung der Asylsuchenden und Geduldeten sowie bei der Auseinandersetzung mit dem alltäglichen und institutionellem Rassismus in Pirna und im Landkreis schafft der Anerkennungspreis neue Motivation und Möglichkeiten.

Nominiert waren zehn Initiativen aus Sachsen, die aus 67 Bewerbungen von der Jury ausgewählt wurden. Die beiden Hauptpreisträger sind „Augen auf e.V.“ und das „Bunte Bürgerforum für Demokratie Limbach-Oberfrohna“.



starosta k buero 2011

Mißverstanden: Neues zur Klausel

In den letzten Wochen war unser Verein wieder in den Medien präsent. Es wurde berichtet, dass wir gegen den Freistaat Sachsen klagen (wollen). Wir müssen aber richtig stellen: Zwar gäbe es ausreichend Grund gegen die sächsische Extremismusklausel zu klagen, aber wir erhalten keine Gelder aus sächsischen Fördertöpfen und haben auch keine beantragt.

Vielmehr haben wir Widerspruch beim zuständigen Jugendamt eingelegt, welches Mittel aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ verwaltet und die Unterschrift zur Bundesklausel verlangt. Eine Klage richtet sich nicht gegen das Jugendamt oder den Begleitausschuss - wir sind uns sicher, dass verantwortungsbewusste Stellen die Anwendung der Extremismusklausel ebenso ablehnen wie die zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Aus den Mitteln des Bundesprogramms haben wir eine Förderung von 600,00 € beantragt. Mit dem Geld wollen wir Informationsmaterial drucken, das über das ehemalige Konzentrationslager in Königstein aufklärt. Dem Bescheid des Jugendamtes im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge widersprachen wir im Juni.

Nun ist der Widerspruchsbescheid da und wie erwartet wurde unser Widerspruch abgelehnt. Deshalb haben wir am Dienstag, den 15.11.2011, die Klage beim Verwaltungsgericht Dresden eingereicht. Wir möchten uns hiermit auch bei den vielen Initiativen und Gruppen bedanken, die uns schon jetzt Unterstützung zugesagt haben.

Wir werden auch weiterhin über die Situation berichten und uns nicht entmutigen lassen. Der Gedenkflyer soll dennoch erarbeitet werden und einen Beitrag zur Geschichtsaufarbeitung leisten.

AKuBiZ am BSZ

Am 17. November unterstützten wir mit zwei Workshops einen Demokratie-Tag am BSZ für Technik in Pirna-Copitz. In den Workshops wurde zu rechten Ideologien und demokratischen Grundsätzen diskutiert. Mit rund 20 Schüler_innen waren die Gruppen zwar recht groß, dennoch kamen gute Gespräche zu Stande. Einige haben bereits Erfahrung mit „Demokratie vor Ort“ und sehen Veränderungen, an denen mitgewirkt werden muss. „Demokratie findet nicht nur auf höchster Ebene statt, sondern in unserem Alltag.“ Der zweite Workshop beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen. Es wurde deutlich, dass die Förderung von Bildungsarbeit gegen Rechts nicht eingeschränkt werden darf. Dies wird aber gerade deutlich vorangetrieben. So meldet das MDR:

„Die evangelische Landeskirche Sachsen streicht deshalb nun Ende des Jahres eine Stelle, mit der bislang die Arbeit gegen den Rechtsextremismus betreut wurde. Die Sprecherin des Landesjugendpfarramtes, Christiane Thomas, sagte am Freitag, die vom Land geforderte Erklärung - auch Extremismusklausel genannt - sei „für uns und unsere Referenten“ unzumutbar. Deswegen werde die Kooperation mit dem staatlichen Programm „Weltoffenes Sachsen“ beendet.“



Aktuelle Neuigkeiten und Veranstaltungen im Dezember:

Solikonzert für Asylsuchende im Dresdener AZ Conni

Im Dezember ist es wieder soweit. Die Vorbereitungen laufen auf vollen Touren. Zum 7. Mal findet die Veranstaltung nun schon im AZ Conni statt. Wieder wird es einen Infostand geben, der über die Zustände der Asylsuchenden im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge informiert. Nach dem Brand im Langburkersdorfer Heim, haben sich die Zustände weiter verschlechtert. Pirnaer Bürger_innen und Firmen starteten eine Kampagne gegen die Unterbringung der Asylsuchenden in Pirna. Der Landkreis leht eine dezentrale Unterbringung ab, so ist zu befürchten, dass eines der ehemaligen Heime wieder eröffnet wird.

Ab 18 Uhr ist Einlass in das Konzert im AZ Conni. Mit von der Partie sind dann e*mbargo aus Dresden (Punkrock), kobito (Rap) und Sookee aus Berlin (Hip Hop). Das bedeutet, dass auch für jeden Geschmack etwas dabei sein sollte. Wir laden euch herzlich ein! Die Einnahmen gehen zu Gunsten der AG Asylsuchenden aus Pirna.

17.12.11

**18:00 UHR
AZ CONNI
DRESDEN**

**SOLIPARTY FUER
ASYLSUCHENDE**

FOTOAUSSTELLUNG UEBER DEN TRISTEN ALLTAG
ASYLSUCHENDER IN DER SAECHSISCHEN SCHWEIZ

INFOSTAND DER AG ASYLSUCHENDE

KONZERT

SOOKEE (HIPHOP / BERLIN)

KOBITO (RAP / BERLIN)

**E*MBARGO (PUNKROCK
/ DRESDEN)**

REFUGEES
WELCOME

VERANSTALTET VON:

AKUBIZ E.V. (AKUBIZ.DE)
AG ASYLSUCHENDE
(ASYLSUCHENDE.BLOGSPORT.DE)
AZ CONNI DRESDEN (AZCONNI.DE)

Impressum:

Die „attenzione“ versteht sich als alternatives Informationsheft des Vereins AKuBiZ e.V.
V.i.S.d.P.: AKuBiZ e.V.
Postfach 100204; 01782 Pirna
Internet: www.attenzione-pirna.de
E-Mail: akubiz@gmx.de
Erscheinungsweise: bis auf weiteres einmal jeden Monat.

Pirna LINKS:

<http://asylsuchende.blogspot.de>
www.akubiz.de
<http://elbsandstein.blogspot.de>
www.vnbdasachsen.de
www.raa-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de
www.attenzione-pirna.de
www.gedenkplaetze.info
<http://ablehnung.blogspot.de>
<http://stimmenausderprovinz.wordpress.com>

Hinweis: Wir benutzen den Unterstrich (z.B. Antifaschist_innen), um geschlechterneutral zu schreiben. Der Unterstrich markiert eine sprachliche Lücke und soll konservatives Geschlechterdenken aufbrechen.